



## Spionage

# Minister reisen mit Wegwerf-Handys

Aus Angst vor Ausspähung werden die Telefone nach der Rückkehr zerstört.

Weil sie fürchten, ausgespäht zu werden, fliegen Mitglieder der Bundesregierung und hohe Beamte neuerdings häufiger mit Einweg-Handys ins Ausland – darunter in die USA. Die Mobiltelefone werden nach Rückkehr der Regierungsdelegationen zerstört. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hatte Bundesminister, Staatssekretäre und andere hochrangige Regierungsbeamte schon vor rund zehn Jahren in einem Merkblatt davor gewarnt, ihre eigenen Mobiltelefone mit auf Reisen zu nehmen. Da diese vor vertraulichen Gesprächen oft abgegeben werden müssten, bestehe die Gefahr einer physischen Manipulation, etwa durch das heimliche Aufspielen einer Spionagesoftware. Es sei ratsam, so das BSI, ein unbenutztes Handy mitzunehmen und darauf die nö-

tigsten Daten zu übertragen. Die Mahnung war offenbar vielfach in den Wind geschlagen worden. Die jüngsten Enthüllungen im NSA-Skandal führten nun zu einem Umdenken. „Es gibt deutliche Signale, dass man sensibler geworden ist“, heißt es in Sicherheitskreisen. Zuletzt soll die Nachfrage nach Wegwerf-Handys nicht nur vor Reisen nach China und Russland gestiegen sein, sondern auch bei Ausflügen zu befreundeten Nationen wie Großbritannien und den USA. Nicht jedes Regierungsmitglied scheint von der Vorsichtsmaßnahme überzeugt zu sein: Die Minister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel flogen mit dem jeweils eigenen Handy nach Kuba und China. In ihrem Umfeld hieß es, die Minister achteten darauf, dass ihr Handy nicht in fremde Hände gerate. jös, kn

## Flüchtlinge

### Kosovo unterstützt Union

Im Streit um die Verschärfung des Asylrechts erhält die Union Unterstützung aus dem Kosovo. „Wir wollen unserer Meinung Ausdruck verleihen, dass wir für eine mögliche Einstufung des Kosovo als sicherer Herkunftsstaat im Sinne des deutschen Rechts sind“, heißt es in einem Schreiben des kosovarischen Premierministers Isa Mustafa an den CDU-Europaabgeordneten David McAllister. McAllister, im EU-Parlament

zuständig für die Erweiterungsverhandlungen mit Serbien, hatte die Regierungschefs des Kosovo, Albanien und Montenegros angeschrieben, um zu erfahren, wie sie die deutsche Debatte über eine Verschärfung des Asylrechts bewerten. Die Union

will die drei Länder des Westbalkans zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklären, wie es im vergangenen Jahr bei Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien geschehen ist. Mehr als ein Drittel der Asylbewerber stammt aus diesen sechs Ländern, je-

doch liegt ihre Anerkennungsquote bei unter einem Prozent. Asylbewerber, die aus einem sicheren Herkunftsstaat stammen, können schneller abgelehnt werden. Vor allem die Grünen wehren sich gegen eine Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsländer. Kosovos Premier Mustafa hat dafür kein Verständnis. „Im Kosovo gibt es weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen“, schreibt er. Die Antworten von Albanien und Montenegro stehen noch aus. mp



Flüchtlinge im Münchner Olympiastadion